



Eisenstadt, am 25. Juli 2025

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrter Herr Bürgermeister!
Sehr geehrte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte!

Infolge der anhaltenden Inflation und Rezession spitzt sich die finanzielle Lage der Gebietskörperschaften in Österreich weiter zu. Auch die burgenländischen Gemeinden stehen unter Druck, obwohl das Land nach Kräften gegensteuert. Bereits in den vergangenen Jahren hat das Land Burgenland seinen Gemeinden mit bundesweit einzigartigen Sonderprogrammen – etwa für kommunale Infrastruktur und Hochwasserentschädigungen – stets unter die Arme gegriffen. Auch das Sonderpaket des Vorjahres, das den Gemeinden Investitionen im Gesamtausmaß von rund 70 Millionen Euro für große Infrastrukturprojekte ermöglichte, sowie das im Jänner in Kraft getretene Gemeindefondsgesetz sind zentrale Bausteine dieser Partnerschaft – neben einer Reihe weiterer Maßnahmen.

Um den Kommunen längerfristig Stabilität gewährleisten zu können, hat die burgenländische Landesregierung schon mehrfach ein nachhaltiges Entlastungspaket angeboten. Über dieses Gemeindepaket haben wir mit den Gemeinde- und StädtevertreterInnen sowie den betroffenen Landtagsklubs mehrfach intensiv diskutiert und verhandelt. Mitte dieser Woche habe ich ein adaptiertes Angebot vorgelegt, das die Diskussionen der letzten Wochen miteinbezieht und auch neue Aspekte berücksichtigt. Dieses Paket würde die Gemeinden sowohl kurzfristig und unmittelbar als auch langfristig und strukturell entlasten. Insgesamt würde das Land Burgenland den Gemeinden eine **Gesamtsumme von über 350 Millionen Euro** über eine Dauer von vorläufig zehn Jahren zur Verfügung stellen – verteilt anhand der Einwohnerzahl pro Gemeinde.

Wir sind damit bereit, eine österreichweit einzigartige finanzielle Kraftanstrengung für unsere Gemeinden zu unternehmen. Gleichzeitig ist klar: Das Paket muss auch für das Land wirtschaftlich darstellbar sein – denn kein Bundesland könnte diese hohe Summe allein aus dem laufenden Budget stemmen. Mir ist wichtig, Sie und die VerantwortungsträgerInnen Ihrer Gemeinden über die konkreten Details dieses Paketes zu informieren.

Zunächst: Für die Übernahme des Burgenländischen Müllverbandes bzw. der Umweltdienst Burgenland GmbH werden 100 Millionen Euro angeboten. Diese Summe soll in Form einer Sofortmaßnahme als Einmalzahlung noch heuer fließen, um die Liquidität aller Gemeinden rasch zu stärken. Umgekehrt wäre damit aber auch für das Land sichergestellt, dass ein wirtschaftliches Gegengewicht zum gesamten Transaktionsvolumen vorliegt – auch um eine entsprechende Kreditaufnahme unsererseits abbilden zu können.

Die verbleibenden rund 253 Millionen Euro setzen sich aus folgenden nachhaltigen und strukturellen Maßnahmen zusammen, die gesetzlich verankert werden sollen, um den Gemeinden Planungssicherheit zu geben:

- **Verringerung der Landesumlage** um insgesamt **15 Millionen Euro** pro Jahr, aufgeteilt auf alle Gemeinden gemäß der Einwohnerzahl → ergibt ca. 50.000 Euro pro Jahr bei 1.000 EinwohnerInnen
- **Erhöhung der Personalkostenförderung** für die Kinderbetreuung um **7 Millionen Euro** pro Jahr, aufgeteilt auf alle Gemeinden gemäß Einwohnerzahl → ergibt ca. 23.200 Euro bei 1.000 EinwohnerInnen



- **Beteiligung** der Gemeinden an einer geplanten landesweiten **Abgabe für Schadstoff ausstoßende LKW** von insgesamt **1,7 Millionen Euro** jährlich → ergibt ca. 5.600 Euro bei 1.000 EinwohnerInnen
- **Übernahme** der Kosten für die Gemeinden für den **Ausbau des Rettungsdienstes** in Höhe von **1,5 Millionen Euro** pro Jahr, aufgeteilt auf alle Gemeinden gemäß Einwohnerzahl → ergibt ca. 5.000 Euro bei 1.000 EinwohnerInnen
- **Zusätzlich:** Begleichung von offenen Forderungen der Gemeinden im Bereich **Siedlungswasserwirtschaft und Güterwegebau** – insgesamt **15 Millionen Euro**, betrifft allerdings nicht flächendeckend alle Kommunen

Zur Veranschaulichung: Für eine Gemeinde mit 1.000 Einwohnern bedeutet dies eine Einmalzahlung von ca. 331.000 Euro sowie zusätzlich eine jährliche Entlastung um ca. 83.800 Euro für die Dauer von zehn Jahren. Dementsprechend würde eine Gemeinde mit 1.000 Einwohnern auf zehn Jahre gerechnet vom Gemeindepaket des Landes insgesamt mit rund 1,169 Millionen Euro profitieren.

Der Befristung des Gemeindepakets auf zehn Jahre liegt zugrunde, dass die Schlechterstellung der burgenländischen Gemeinden im Rahmen des Finanzausgleiches zwischen Bund, Ländern und Gemeinden - konkret das West-Ost-Gefälle bei der Verteilung der Ertragseinteile des Bundes - innerhalb dieses Zeitraumes beseitigt werden soll. Zu diesem Ziel bekennt sich die Landesregierung auch in ihrem Regierungsprogramm.

Das Land Burgenland ist bereit, dieses Entlastungsvolumen für seine Gemeinden zu schultern, um die Infrastruktur, die Lebensqualität und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in unserem Bundesland auch auf dieser Ebene abzusichern. Sollte hierüber bis Ende August keine politische Mehrheit gefunden werden, wird das Land Burgenland seine Gemeinden wie bisher durch Mittel für Sonderprojekte unterstützen – in einem budgetär vertretbaren Ausmaß von 15 bis 20 Millionen Euro jährlich. Außerdem werden wir mit GemeindevertreterInnen im Herbst eine Arbeitsgruppe bilden, um über die Verteilung der verfügbaren Mittel im Bereich der Bedarfszuweisungen zu diskutieren.

Mir ist eine intakte und faire Partnerschaft zwischen dem Land und den Gemeinden wichtig – über alle Parteigrenzen hinweg. Ich bin daher überzeugt, dass dieses Modell in Ihrer Gemeinde verantwortungsvoll und konstruktiv diskutiert wird, und freue mich auf die nächste Gesprächsrunde mit den Gemeindevertretern.

Mit freundlichen Grüßen



Hans Peter Doskozil
Landeshauptmann

